

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

25.8.1921 (No. 197)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkontos  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
J. S. Reckert  
G. R. f.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagergebühren, Transportkosten, Versicherung und sonstigen Gebühren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Zur Errichtung von Finanzämtern.

Der Steuerverwaltungsdienst Donaueschingen ist aufgehoben und mit dem Finanzamt Donaueschingen vereinigt worden. Das Finanzamt wird dadurch als Finanzamt im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfasst den Amtsbezirk Donaueschingen und vom Amtsbezirk Engen die Orte Auldingen, Hintschingen, Jambödingen, Kirch, Hausen i. T., Leiferschingen, Möhringen und Zimmern. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und des Steuerverwaltungsdienstes Donaueschingen. Der letztere Dienstbereich bleibt vorerst in seinem bisherigen Dienstgebäude untergebracht. Die Steuereinnahmestelle bleibt bis auf weiteres bestehen.

### Nicht verzagen!

Von Ernst Georg.

Durch eine so schwerwiegende Entscheidung, wie sie der 12. Mai den Leitern unserer Politik auferlegte, ist wohl noch nie Deutschlands Schicksal bestimmt worden. — Die führenden Männer glauben mit Recht, die ungeheuerlichen Forderungen unserer vereinigten Feinde nicht ablehnen zu dürfen, weil uns sonst die Gefahr völliger Vernichtung droht hätte und wir zurzeit ohnmächtig sind, gegen den neidgeborenen Haß und die wahnwichtige Angst der Gegner. Unerschrocken sind die uns auferlegten wirtschaftlichen Lasten, aufs tiefste demütigend und erniedrigend sind die übrigen Bestimmungen. — Es ist unmöglich, diese fabelhaften Summen aufzubringen; der Feind will unsere völlige Vernichtung; lieber sofort zugrunde gehen, als einen langwierigen, elenden Skandal zu sterben. — Immer wieder liest und hört man diese und ähnliche Ausbrüche der Verzweiflung; und während freilich die „Allubwiler“ in gedankenlosem, blindem Genußleben dem Abgrund zuzuhlen, hat sich auch mancher Rechtsehende, von denen ja doch leben Endes das Geschick des Volkes abhängt, ohnmächtige Verzweiflung und Traurigkeit bemächtigt. Nirgends ein Ausweg aus der Wirren, nirgends ein Lichtblick in dem Dunkel, kaum ein Freund und Helfer unter den Neutralen, die untätig, teils schadenfroh, teils furchtsam oder machtlos, dem Zerfallswort unserer Feinde zuschauen!

Aber schon rückt wieder ein neuer, schwerer Verlust in greifbare Nähe. Wird doch von französisch-polnischer Seite alles daran gesetzt, um zu erreichen, daß wenigstens ein teilweiser Raub Oberschlesiens durch den Völkerbundsrat gutgeheißen werde. — Und als ob das Unglück noch nicht genug wäre, kündigt erneutes Ansteigen der Lebensmittelpreise neue Kämpfe und Wirnisse an!

Und dennoch — wenn wir in unserer Not und Bedrängnis den Blick rückwärts wenden, in die Vergangenheit unseres Volkes, die ja als eine Wellenlinie von Aufstieg und Niedergang sich darstellt, so werden wir erkennen, daß die Gesamtentwicklung unserer Entwicklung im Grunde eine deutlich aufsteigende und selbst unsere jetzige — so verzweifelte Lage eine weit bessere ist, als die mancher früheren Epochen der „guten alten Zeit“.

Wollten wir, um dies darzutun, all den verschlungenen Wegen und Irrwegen des deutschen Volkes nachgehen, so würde es uns hier zu weit führen. Nur ein Abschnitt unserer Geschichte möge uns an Hand unserer Historiker, vor allem noch unserer zu früh verstorbenen Gustav Freytag, ins Gedächtnis zurückgerufen werden, die Zeit nach jenem Friedensschluß in Westfalen, der einen Krieg endete, wie er bisher so lang dauernd und wild in deutschen Ländern, auf der Erde überhaupt, nie gewütet hat, jenen Krieg, der zwischen deutschen Fürsten unter Oberleitung fremder, uns z. T. von je feindlicher Nationen entbrannt war, der ein Meer von Blut vergossen, den deutschen Boden zur Wüste umgewandelt, den größten Teil des deutschen Volkes hingemordet, u. deutsche Kultur und Sitten verborben hat und all dies dreißig Jahre hindurch.

Endlich kam der Friede, von vielen kaum mehr erhofft, nun aber vor allem mit den freudigsten Hoffnungen bebüßelt. — Er brachte schwere Enttäuschung; unerschwingliche Kriegslasten waren dem Volke auferlegt; die Heere der streitenden Parteien lagen z. T. noch jahrelang bis zur Abtragung der Kontributionen, in den Landschaften und setzten das Verwüstungswort des Krieges fort; der Druck, den sie auf die elenden, am Leben gehaltenen Bewohner ausübten, war furchtbar; man sah Verzweiflungsschreie drang an die Ohren der benachbarten Völker — ohne Erhörung!

Drei Viertel des Landvolkes waren teils durch Schwert und Feuer, teils durch Hunger, Not und Krankheit hinweggerafft; vier Fünftel seiner Habe waren vernichtet und das noch Vorhandene — in welchem Zustand! Überall wimmelte es von herrenlosen, arbeitsscheuem Gesindel. Wenden entlassener Landsknechte streiften mit ihren Dirnen und Krochbüben umher, quartierten sich gewaltsam in den Dörfern ein und setzten sich in den zahlreichen verlassenen Häusern und Höfen fest oder machten als Räuberbanden die Wälder und Straßen unsicher. Viele Bauern, selbst Handwerker der Städte, mit Waffen versehen, der Arbeit entzogen, zogen es vor, zu fliehen und zu tauben, flakt zu arbeiten und die Felder zu bestellen. Ein Strom von Bettlern aller Art durchzog das Land; abgekannte und verzerrte Soldaten, heimatlose Greise, Kinder und Kranke, aus ihren Wohnstätten vertriebene Flüchtlinge aller Stände und jeglichen Alters. — In allen deutschen Ländern, fast ohne Ausnahme, war alles verwüstet; meilenweit konnte man oft wandern, bis man auf eine bewohnte Herdstatt

traf. Der Boden war derart verunreinigt, daß er selbst dem Fleißigsten für lange Zeit keinen Ertrag mehr bringen konnte. Die Felder und Wiesen waren mit Unkraut und Getreide überwuchert, in welchem wilde Tiere, fast wie zur Urzeit, herrschten; die Wälder abgeholzt, die Obstbäume verbrannt, die Äcker zerstampft; zu deren Bestellung fehlte das Saatgut, die Zugtiere und der Dünger; der Viehstand war auf ein Fünftel bis ein Sechstel zurück, z. T. ganz eingegangen.

Wie auf dem Lande, so sah es in den Städten aus; innerhalb der Ringmauern eine Menge leerer Wohnstätten, die Einwohnerzahl durch Tod oder Flucht oft auf ein Zehntel gesunken! Die Geburten waren ungemein zurückgegangen; in mancher Stadt konnte während zweier Jahre keine Geburt mehr verzeichnet werden. Die Sterblichkeit unter der restlichen Bevölkerung, zumal der Greise und Kinder, war auf höchste gestiegen; Krankheiten aller Art hatte überhand genommen; die Pest verbreitete ihren schwarzen Schrecken; zur Bekämpfung fehlte es an Ärzten, Heilmitteln und Nahrung. Die Ernährungsverhältnisse überhaupt waren trostlos, nicht nur an Fleisch, Fett, Milch und Eiern mangelte es, sondern auch an Mehl und Brot; an Stelle des letzteren wurden Kleie, Delfuchen, Reintoten, selbst wilde Wurzeln gegeben.

Handel und Gewerbe lagen völlig darnieder; zur Wiederbelebung fehlte es an Kapital, Kredit und Rohstoffen; die Magazine und Handwerksgeräte waren meist verbrannt und vorerst nicht wieder zu beschaffen. Eine furchtbare Not und Hungersnot lag über den Städten und Dörfern; die Notleidenden suchten sich zur Überbrückung der Not auszuverkaufen. — Daneben blühte das sogenannte Kipper- und Wipperwesen; zuerst die Fürsten und Städte, dann auch, auf eigene Faust, ihre Münzmeister prägten statt des guten Gold- und Silbergeldes minderwertige Münzen mit verringertem Feingehalt; mehr und mehr wurden Kupfer- und andere wertlosere Metalle zugesetzt, so daß der Geldwert von Woche zu Woche mehr sank, während der Gold- und Silberwert außerordentlich stieg. Dies veranlaßte viele zum heimlichen Verkauf u. Schmuggel der Edelmetalle; ein wahrer Raubzug ergriff weite Kreise; die Sucht, ohne Arbeit reich zu werden, um dann den rasch gemachten Reichtum in einem ruhigen Genuss zu vergeuden, wurde epidemisch. Die Entwertung des gemünzten Goldes steigerte nur die ohnehin herrschende Teuerung und machte den Handel vor allem mit dem Auslande fast unmöglich.

Überhaupt war die allgemeine Moral auf einen erschreckend niedrigen Stand gesunken. Teils der Selbsterhaltungstrieb, teils die in merkwürdigem Gegensatz zur allgemeinen Notlage stehende Genuß- und Vergnügungssucht zeigten nicht nur zur Teilnahme an dem erwähnten Kipperwesen, sondern auch zu Diebstahl, Raub und Betrug aller Art. Die durch den langdauernden Krieg, die Gewöhnung an Gewalttat und Bestialität bedingte Verrohung hatte das sittliche Empfinden auch der Gebildeten untergraben und den Kulturzustand der Nation, der zumal in den Städten eine ziemlich hohe Stufe erreicht hatte, weit zurückgeschraubt. Die verheerungsvolle Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kunst wurde für viele Jahrzehnte unterbrochen. Geschwunden waren die alte Einfachheit und Arbeitsamkeit und Zuverlässigkeit; Gemeinnutz, Selbstgefühl waren nach dem Gozismus und gewisser Kriecherei gegen Höherstehende bei Herzlosigkeit gegen Niedere gewichen. In den höheren Gesellschaftskreisen machte sich ein gepreiztes Wesen, lächerliche Nachahmung fremder, besonders französischer Sitten und Ansitten breit und förderte auch hier den Luxus und die Verderblichkeit.

Sinzu kam — neben dem auch nach dem Kriege fortdauernden Gegensatz der Konfessionen — die politische Zerissenheit. Deutschland, nunmehr von einigen seiner wertvollsten Bestandteile, der Schweiz und den Niederlanden, endgültig getrennt, war nur noch ein lockerer Staatenbund ohne straffe Zentralgewalt und dadurch den Machenschaften fremder, insbesondere der rücksichtslosen Habsburger seines alten Erblandes Frankreich preisgegeben; schon beim Friedensschluß hatte es einen Teil von Elsaß erlitten, um bald darnach den Rest brutal zu rauben; Gierigkeit, Uneinigkeit und politische Kurzsichtigkeit der Reichsfürsten, machten jeden Widerstand unmöglich.

Völlige Notlosigkeit und Verzweiflung hatte sich gerade der Besten des Volkes bemächtigt; die Zahl der Selbstmorde stieg in unheimlicher Weise; es schien, als ob Deutschland endgültig dem Untergang verfallen sei.

Und dennoch hat es sich wieder erholt! Das fälschlich von seinen triumphierenden Feinden totes deutsche Volk erhob sich wieder, langsam zwar; und als nach 1 1/2 Jahrhunderten der alte Erbfeind wieder versuchte, es zu erdrücken, schon fast am Ziele war, da besaß es wieder jenen Kraft, daß es mit jähem Borne den übermächtigen abguschütteln vermochte. Aber erst die Einigung der durch die harte Schule schwerer Prüfungen endlich belehrten Einzelstaaten brachte dem neuverwandenen Reich eine Blüte, welche keiner der Zeitgenossen des westfälischen Friedens je für möglich gehalten hätte.

Dem raschen glänzenden Aufstieg folgte jetzt wieder ein jäher furchtbarer Sturz von der Höhe ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs, politischer Macht und geistiger Führerschaft — ein Sturz, der uns von neuem in den Abgrund wirtschaftlicher Not und politischer Ohnmacht, ja Sklaverei geschleudert hat.

Ein Vergleich unseres jetzigen Zustandes mit den Verhältnissen nach dem Westfälischen Krieg liegt nahe; gewiß drängen sich uns deutliche, zum Teil fast gleichmäßig erscheinende Parallelen auf — doch! seien wir ehrlich und besonnen! Welcher nüchtern urteilende Kenner unserer Zeit wird bestreiten wollen, daß die heutige Lage, so erniedrigend und beklügend sie ist, im Vergleich zu der vor 1914, doch bei weitem günstiger und aussichtsreicher ist, als diejenige von 1648! Dies näher auszuführen, dürfte sich erübrigen. Schon die Tatsache, daß

wir uns damals nach 1813 wieder völlig erholt haben, darf uns auch ohne Zuhilfenahme und trotz Widerspruch geschäftsphilosophischer Spekulationen die Zuhilfenahme gewähren, daß auch diesem Sturz wieder ein Aufstieg folgen wird, wenn nur wir selbst uns nicht aufgeben, alle unverdorbenen, hoffnungsvollen und besonnen an dem Werk des Wiederaufbaus arbeiten.

Dazu tut freilich vor allem Einigkeit not, Einigkeit in dem Sinne, daß die immer noch bestehenden Einzelstaaten sich willig und opferbereit den Bedürfnissen und Notwendigkeiten des Reichsganges unterordnen und anpassen, daß alle Parteien, Stände und Berufe ihre Einzelinteressen bis auf weiteres zugunsten des Vaterlandes zurückstellen, die politischen und sozialen Gegensätze nach Möglichkeit ausgleichen — Einigkeit auch in dem Sinne, daß wir jetzt jede nörgelnde Belämpfung der bestehenden Verfassung und Regierung unterlassen, vielmehr bei aller sachlich etwa nötig erscheinenden freimütigen Kritik im einzelnen, selbst dann, wenn der Parteienstandpunkt es verbieten würde, die jetzigen Männer nach Möglichkeit unterstützen, welche sich der ungeliebteren schweren und unbankbaren Aufgabe der Regierung unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen unterzogen haben. — Einigkeit endlich auch darin, daß wir bei allem Festhalten an dem Gedanken eines wahren deutschen Völkerbundes und der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit auf allen dazu geeigneten Gebieten unsere Kraft und Hilfe in uns selbst suchen und jede fremde Einmischung in unseren eigenen Angelegenheiten entschieden ablehnen, soweit nicht durch den Friedensvertrag vorerst anderes bestimmt ist.

Nur so werden wir das eine große Ziel der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Erneuerung und Wiedererstarbung erreichen können, nicht durch fremde Hilfe, nicht durch die oft getauschte Spekulation auf die Zwitterkraft unserer Feinde oder gar auf deren Gerechtigkeit, auch nicht durch das zuweisen immer noch beliebte Kaffeln mit dem „Säbel“, aber auch nicht durch Zammern oder malkarisches Feilschen bezüglich der nun einmal übernommenen Verpflichtungen. — Ehrlich, gewissenhaft und schweigend müssen wir diese zu erfüllen suchen; gewiß dürfen und können wir im Stillen hoffen, daß dereinst die brutalen Bedingungen des „Friedensvertrags“ gemildert werden, wenn einmal dessen Grundlage und Voraussetzung: die alleinige Kriegsverantwortung Deutschlands, widerlegt, wenn diese fast die ganze Welt heute noch im Mann haltende, verbrecherische und heuchlerische Suggestion unserer Feinde vor dem langsam reisenden Urteil der Geschichte ihre Wirkung verloren haben wird.

Wis dahin heißt es Geduld üben, sich lebendig auf eigene Kraft und Arbeit verlassen, mit Besonnenheit, Fleiß und Ehrlichkeit in Handel und Wandel das Vertrauen der Welt und das Selbstvertrauen wieder gewinnen, dem bisherigen Feinde aber ohne Überempfindlichkeit, mit nüchternem Blick für die taube Wirklichkeit, kuger Mäßigkeit und klüger, würdiger Zurückhaltung begegnen!

Dann dürfen wir bestimmt hoffen, daß Deutschland auch nach dieser Erniedrigung einst wieder den ihm gebührenden Platz unter den Nationen einnehmen und, von den alten Feindern und Schlägen gereinigt, zu neuer, auf eigene Kraft und Tüchtigkeit gegründeter, durch Gerechtigkeit Selbstbehauptung und Weltgemeinschaft gesicherten Blüte gelangen wird.

Die Vergangenheit lehrt es uns!

### Moskauer Befehle.

Unter dieser Überschrift widmet die „Rost. Zig.“ den Vereinigten Kommunisten anlässlich ihres Parteitagess in Jena in ihrer Montagsnummer die folgenden Betrachtungen:

Warum die „Vereinigten Kommunisten“ sich die Kosten eines Parteitages machen, ist nicht recht verständlich. Denn sie finden, wenn sie heute in Jena zusammenkommen, bereits die „Beschlüsse“ fertig vor, die sie zu fassen haben. Ihre vorgelegte Behörde, das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale, hat in einem von Sinowjew unterzeichneten Schreiben die Entscheidungen, die zu treffen sind, übermittelt. Auch in der Sprache ist der Ton des Vorgelegten, der befehlt, nicht empfindlich, streng gewahrt. „Euer Parteitag in Jena hat dies zu verwirklichen ...“ „Euer Parteitag wird ein endgültiges Wort sprechen müssen.“ „So soll die Agitation der deutschen Kommunisten sein.“ An anderen Stellen wird die bisherige Leistung der deutschen Kommunisten streng getadelt, und es ist nur ein Pfaster auf die Wunde, eine leere Phrase, wenn in der Einleitung von der „ruhmvollen Partei des deutschen Proletariats“ gesprochen wird. Man ist in Moskau mit der Entwicklung des deutschen Kommunismus sehr unzufrieden. Und hat auch allen Grund dazu. Obwohl die „Aktion“ im März, die jetzt preisgegeben wird und für die niemand die Verantwortung tragen will, das Werk eines besondern Vertrauensmannes der Moskauer war, Wela Kuns, dessen Anregungen bei einer ehrgeizigen, nach Abancement gierigen Gruppe der Parteileitung Zustimmung fand. Und das genügt ja bei den Kadavergerhem, den Moskauer fordert, um Hunderte und Tausende von Menschen nutzlos und sinnlos ins Unglück stürzen.

Den Hauptteil des Sinowjew'schen Erlasses — man könnte auch von einer Wulle sprechen, wenn es erlaubt wäre, Niedriges mit Erhabenem zu vergleichen — ist den inneren Parteistreitigkeiten gewidmet, die ja in der Tat das eigentliche Lebens- element des Introspektivismus sind. Für den Außenstehenden ist es unendlich ermüdend, wenn er diesem Gewäsch über „Wen- schenwism“ „Opportunismus“ und — eine neue Sorte — „Oswowismus“ folgen soll. Etwas Unfruchtbarereres kann der Menschheit nicht erfinden. Freilich haben die Parteipalastereien einen sehr realen Hintergrund. Sie sind die theoretische Begründung für die Annäherung der Nachhaber, alle ihnen un-

bequemen Elemente mit dem Panntrost zu bedenken und jede Opposition niederzuhalten. Die besagten Oligarchen waren böse Menschen, die angeblich zu weit „links“ standen. Ein bedeutender Teil dieser Oligarchen, so erklärt treuherzig Herr Sinowjew, „gab aber seine Verirrungen auf und kehrte in die Reihen der bolschewistischen Partei zurück.“ In Jena müsse diesen in Worten zwar links, in Wirklichkeit aber erschütterlichen und objektiv reaktionären Tendenzen von der Wurzel aus ein Ende gesetzt werden. „Von der Wurzel aus“ ist eine der Lieblingsworte der Moskauer Herren, allerdings eines der gahmsten. Für den innerussischen Gebrauch ziehen sie Worte vor wie: „ausrotten“, „vernichten“, „im Blut erstickend“, „Herkunft“, die einzigen, die einigermaßen der Wirklichkeit entsprechen. Alles andere ist Phrase und Lüge.

Der Opposition Paul Levis ist fast der fünfte Teil des Erlasses der Exekutive gewidmet. Der Hauptanlasspunkt lautet folgendermaßen: „Paul Levi gelangte zu weit, daß er die Konzeptionspolitik und im allgemeinen die ganze Politik der russischen Sowjetregierung im Geiste des Menschewismus kritisiert.“ Kritisiert, als ob das erlaubt wäre! Kritik ist eine Erfindung der Bourgeoisie. Der Bolschewist gehorcht, aber er kritisiert nicht.

Aber das Schicksal der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (K.A.P.D.) erfährt man, daß diese Gruppe, die vor einigen Monaten als „sympathisierende“ von der Dritten Internationale aufgenommen wurde, jetzt an die Luft gesetzt werden soll, mit der Begründung, daß es sich um Anarchisten handele, die eine „halbschwarze“ Agitation führen. Der Farbenreichtum der kommunistischen ist außerordentlich: gelb, weiß, schwarz, halbschwarz, grün, lauter Farben, deren bloße Erwähnung bei den Anhängern des Sowjetismus Abscheu erregt.

Für das politische Verhalten der deutschen Kommunisten gibt Herr Sinowjew Ratsschläge, zu deren Veröffentlichung die Mischung von Annäherung, Unkenntnis und Jynismus gehört, die den Bolschewisten eigen ist. Die deutschen Kommunisten sollen danach die Steuerungsfrage in den Vordergrund ihrer Agitation stellen und außerdem jede Art von Steuer bekämpfen, durch Forderungen „in dem Sinn, daß nicht nur die Arbeiter, sondern alle jene, die am Kriege als gemeine Soldaten teilnahmen, von jedweder Steuer befreit seien.“ Es ist auch für Herrn Sinowjew eine Leistung, die Frage der Steuererhebung anzuführen, obwohl er genau weiß, daß es keinen russischen Bolschewisten gibt (abgesehen von den Kommissaren, den Schiebern und Spitzeln, denen es in Sowdepien besser als je geht), der schwärze die Millionen Nichtbolschewisten — 99 Prozent der Bevölkerung — die nicht die deutsche Steuer als ein Paradies empfinden würden gegenüber der „Hölle“, die die Kommunisten als Ergebnis ihrer „positiven“ Arbeit über Russland gebracht haben. Man lese — ein Beispiel für viele — was Ainaida Sippus, die Petersburger Schriftstellerin, in ihrem Tagebuch, das sie bei ihrer Flucht retten konnte, verzeichnet hat:

In der Buchweizengrübe (wir bekommen manchmal zuweilen welche zu 300 Rubel das Pfund), finden wir immer eiserne Nägel. Sie sind zwar nicht groß, aber es sind ihrer so viele. Die Kinderfrau holte gestern beim Kochen zwölf Stück heraus. Dann holten wir noch verschiedene aus dem Mund. Soeben habe ich nach drei Öffeln Grübe zwei Nägel aus dem Munde geholt. Man tut sie wohl zur Vergrößerung des Gewichtes hinein. Aber wozu man ins Brot gestohenes Glas hinein tut, kann ich nicht begreifen. Solches Brot belamen Freunde von uns durch eine Gelegenheit aus Moskau von ihren Bekannten. Ich lese die Rubelle Njokows „Das Jammermal“. Sie handelt von der Hungersnot in Wladiwostok im Jahre 1910. Unsere Lage ähnelt sehr der Lage jener Leibeigenen auf dem Gute in Orjolischen Gouvernement. Auch sie mußten, aller Rechte, selbst des Rechtes fortzuziehen, herab, an Ort und Stelle sterben. Aber ihr „Jammermal“ dauerte bloß zehn Monate. Außerdem belamen die Leibeigenen von den Gutsbesitzern nicht ein Achtel, sondern ganze drei Pfund Brot pro Tag. Drei Pfund Brot! Man glaubt es kaum.

Seite für Seite dieses Tagebuchs, das den Eindruck absoluter Glaubwürdigkeit macht (es ist im Drei-Masten-Verlag München zusammen mit Merschikowitsch „Das Reich des Antichrist“ erschienen), ist eine Anklage gegen Zustände, deren Verhellung fast über menschliches Vermögen hinausgeht. Daß die meisten fremden Besucher Russlands sie nicht sehen, ist verständlich. Sie spielen sich in der Tiefe ab, und die Fremden werden bewacht und hermetisch abgeschlossen.

Die Propaganda gegen Steuer und Steuern, die Sinowjew empfiehlt, soll den Kommunisten dazu verhelfen, „in die Tiefen der Arbeitererschaft zu dringen“, und Schichten zu erfassen, die ihnen bisher fremd gewesen seien. Diese Agitation bedeutet die potenzierte Lüge. In Russland selbst denken die Bolschewisten gar nicht daran, in die Tiefen der Arbeitererschaft zu dringen und neue Schichten für sich zu gewinnen. Sie üben ihre brutale Willkürherrschaft lediglich durch die Anwendung der nacktesten, zügellosesten und blutigsten Gewalt, und wenn

es eine Klasse der Bevölkerung gibt, die von ingrimmigstem Haß gegen die Bolschewisten ist, so sind es die dezimierten Reste der Arbeitererschaft, die das bolschewistische System der Industrieregierung noch nicht aus der Stadt vertrieben hat. Die Hungersnot, die sich jetzt über die fruchtbaren Gebiete Russlands ausgebreitet hat, ist kein bloßes Naturereignis. Es ist die notwendige Folge des Raubbaus, den die Bolschewisten bisher betrieben, der Vernichtung, die sie gefügt haben. Ihre Ernte ist es, die jetzt aufsteht: Massensterben, Masseneben, Massenleichen!

Wenn jetzt der Versuch gemacht wird, über die Bolschewisten hinweg dem russischen Volk die helfende und rettende Hand zu reichen, so wird man die Erfahrung machen, daß der Bolschewismus lieber Millionen zugrunde gehen läßt, ehe er die Tore des Gefängnisses öffnet, in das er Russland verwandelt hat.

So ist die russische Wirklichkeit. Die Kenntnis und Erkenntnis ist nicht aufzuhalten. Und damit fallen alle Anstrengungen zu Boden, die man in und nach Jena machen wird, dem deutschen Volke daselbst das Joch aufzuerlegen, durch das Russland zerbrochen wurde.

## Politische Neuigkeiten.

### Isihii Berichterstatter über Oberschlesien.

Habas meldet: Infolge der Weigerung des spanischen Völkchäfers Quinones de Leon wird Graf Isihii für den Völkchätersrat in der ober-schlesischen Frage Bericht erstatten. — Wie der „Matin“ meldet, scheint es sicher, daß die spanische Regierung ihrem Völkchäfter den Rat gegeben hat, sich nicht allzu aktiv in die Angelegenheiten des ober-schlesischen Problems einzumischen. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Weigerung des Spaniers Quinones de Leon ist wohl auf die Anbeutungen zurückzuführen, die in der deutschen Presse bezüglich der mutmaßlichen Haltung des spanischen Diplomaten erschienen sind. Die spanische Regierung befürchtet anscheinend, daß sie sich durch eine Beteiligung an der ober-schlesischen Frage Feindschaft zuziehe.

Über die Gründe, die Quinones de Leon zur Ablehnung des Antrages bewegen haben, gewinnt man Klarheit durch ein Interview, das der spanische Minister des Äußeren dem Madrider Korrespondenten des „Temps“ gewährt hat. Er sagt darin: Die Ernennung unseres Völkchäfers zum Berichterstatter war für uns sehr schmeichelhaft. Wir sind aber der Ansicht, daß Spanien mit Frankreich und England zu eng verbunden ist, als daß es in einer so delikaten Frage gegen den einen oder anderen seiner Freunde dadurch Stellung nehmen könnte, daß es einen Berichterstatter leihete, dessen Bedeutung zu leugnen zwecklos wäre. Nach langen Besprechungen im Schoße der Regierung ist daher beschlossen worden, daß der spanische Völkchäfter das ehrenvolle Amt ablehnt. Bei diesen Besprechungen haben wir uns ausschließlich von unseren freundschaftlichen Gefühlen Frankreich und England gegenüber leiten lassen, da wir davon überzeugt sind, daß unser Völkchäfter auf diese Weise im Verlaufe der Besprechungen im Obersten Rate die persönliche Rolle, die ihm zukommt, in freierer Weise wird spielen können.

### Der Wirtschaftsausschuss des besetzten Gebiets über die Sanktionen.

Der Wirtschaftsausschuss des besetzten Gebietes hat in seiner Vorkonferenz, die von Vertretern der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Handwerks vollständig besucht war, zu der Note des Obersten Rates über die Aufhebung der Sanktionen einstimmig wie folgt Stellung genommen:

Der Wirtschaftsausschuss legt auf das schärfste dagegen Vorkonferenz ein, daß der Oberste Rat nicht die völlige Aufhebung der mit dem Friedensvertrag unvereinbaren Sanktionen beschlossen hat und nur die wirtschaftlichen Sanktionen und diese nur unter neuen schweren Bedingungen aufheben will. Das besetzte Gebiet muß die Aufhebung aller, auch der brüderlichen militärischen Sanktionen, fordern. Mit den daran geknüpften Bedingungen kann der Wirtschaftsausschuss sich unter keinen Umständen einverstanden erklären. Die geforderte Kontrolle der Ein- und Ausfuhr und die Gutheißung aller aus Grund der Sanktionen im besetzten Gebiet getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen räumt den Alliierten dauernd Einflüsse auf die deutsche Wirtschaftspolitik ein, die im Friedensvertrag keine Grundlage finden und zu unerträglichen Verhältnissen führen würden. Der Wirtschaftsausschuss richtet daher an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die geforderten Bedingungen abzulehnen und die Verhandlungen nur im Sinne völliger Beseitigung der Sanktionen zu führen.

## Das Loch im Westen.

Bei den Erörterungen über die Frage der Aufhebung der sogenannten Sanktionen wird in Presseberichten auf die im Juli 1921 vom Staatssekretär Girsch in Paris gepflogenen Verhandlungen über das Loch im Westen in dem Sinne Bezug genommen, daß durch diese Verhandlungen den in der Briand'schen Note enthaltenen Beschlüssen des Obersten Rates, wonach eine gewisse Einwirkung der alliierten Kommission auf die Außenhandelsregelung des besetzten Gebietes fortzubauern soll, Vorbehalt geleistet oder der Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesem Beschlusse vorgegriffen wurde.

Demgegenüber ist, H. W. L. W., festzustellen, daß die Verhandlungen über die Außenhandelsregelung des besetzten Gebietes, die zwischen Girsch und der französischen Regierung stattgefunden haben, sich lediglich auf die Zeit bis zur Aufhebung der Sanktionen bezogen. Es handelt sich bei diesem Teil der Verhandlungen lediglich darum, Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß die von der deutschen Regierung im Interesse der Erfüllung der Reparationspflichten für erforderlich erachteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht durch eine für die Dauer der Sanktionen eingerichtete Sonderregelung des Aus- und Einfuhrwesens im besetzten Gebiete ganz verhindert oder wirkungslos gemacht würden.

## Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

Die erste amtliche Bestätigung der Berliner Meldungen, wonach Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Vertrag schweben, kam, einer Neutermeldung aus Washington zufolge, gestern aus dem Staatsdepartement. Es wurde angegeben, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Vereinigten Staaten geheim geführt werden. Es wurde hinzugefügt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht der Ansicht sei, daß solche Verhandlungen öffentlich in vorteilhafter Weise geführt werden können. Ferner wurde angekündigt, daß eine endgültige Verlautbarung vor Wochenende erwartet werden könne.

Eine weitere Berliner Meldung besagt: Die Verhandlungen über den Präliminarfrieden mit den Vereinigten Staaten stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Es darf damit gerechnet werden, daß schon heute oder morgen von beiden Seiten eine amtliche Veröffentlichung darüber erfolgt.

Nach einer Habasmeldung aus Washington hat die Mehrheit des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Amerika im Laufe einer Zusammenkunft mit dem Präsidenten Harding gebilligt.

## Die Gehalts- und Lohnbesprechungen in Berlin.

Gestern vormittag traten, wie aus Berlin gemeldet wird, der Reichsminister und die Führer der Koalitionsparteien zu der angekündigten Besprechung über die Frage der finanziellen Bedienung der Beamten- und Arbeiterforderungen zusammen. Die Besprechungen haben noch keinen Abschluß gefunden.

## Die Untersuchung über den mittel-deutschen Aufstand.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags, der die Aufgabe hat, die Ursachen, den Verlauf und die Wirkungen des mittel-deutschen Aufstandes vom März d. J. festzustellen, hat heute seine Arbeit wieder aufgenommen. Zunächst berichtete Abg. Dr. v. Brander (D.N.) über die Reise des Untersuchungsausschusses in das Aufstandsgebiet. Abg. Dr. Schreiber (Dem.) gab als Teilnehmer der Reise einige Ergänzungen. Der Vorsitzende, Abg. Rütner (Soz.), stellte gegenüber einigen Veröffentlichungen der Presse fest, daß die bisher erhaltene Berichte keinerlei Feststellungen des Ausschusses darstellen, sondern reine Privatansichten zum Ausdruck brachten. Abg. Killion (Komm.) beantwortete sich darüber, daß die Untersuchungen bisher ganz einseitig geführt worden seien. Schon bei der Auswahl der Zeugen im Aufstandsgebiet habe man Anhänger seiner Partei viel zu wenig berücksichtigt. Nach längeren Erörterungen über die Beweislast der bisher vorgenommenen Untersuchungen wurde die Debatte über die Ergebnisse der Besichtigungsreise geschlossen.

Auf Vorschlag des Abg. v. Egnern (D.N.) wurde eine genaue Sitzung der einzelnen Komitee aufgestellt, über die die zu vernehmenden Zeugen gehört werden sollen. Es wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der diese einzelnen Punkte noch genau durcharbeiten und in der nächsten Sitzung des Gesamtausschusses ein festes Schema vorlegen soll. Wahrscheinlich wird ab dann die Zeugenvernehmung erfolgen. Hauptzeugen sind der frühere Minister Severing und Oberpräsident Göring.

## Konzerthaus.

### „Die versilberte Braut“.

Am gestrigen Abend gab es im Konzerthaus eine kleine Unterbrechung der Operettenspiele, eine Erstaufführung mit dem aus den lang bemessenen Sommerferien zurückgekehrten Schauspielpersonal des Landestheaters, ein Schauspiel, das keinen rechten Namen hat, das kein Lustspiel und keine Komödie ist, und das der Verfasser Kurt Kändler in seiner Verlegenheit „Ein buntes Spiel von Geld und Liebe“ nennt, das aber dennoch etwas ganz nach dem Geschmack unfreies liebes gutes Volk ist, das ja so gerne die Augen vor der Wirklichkeit verschließt und sich lieber in ein himmelblaues Wolkenludelsheim hineinträumt, etwas fürs Herz, für Gemüt, romantisch, teuflich, treuherzig, gefühlvoll wie aus der Gartenlaube. So etwa ist „Die versilberte Braut“. Es ist noch mehr darin: viel Konventionen, viel Scherz und daneben: manch derbes Genscheibchen in Holzschmittmanier, mit gesundem Blick für böckische Komik fast lebenswahr herausgearbeitet, der Wirklichkeit abgequadt.

Geld und Liebe, Reichtum und Schönheit, wenn sie nur immer beisammen wären, dann blieb viel Herzeleid erspart, viel heiße Tränen blieben ungeweinert! Aber das Leben ist unbarmherzig: Liebe und Geld, Reichtum und Schönheit zeren den Menschen hin und her, und meist ist es das Geld, das den Sieg davonträgt. Schlimm genug, denkt das Publikum, daß uns das Leben so übel mißspielt, so soll wenigstens im Spiel der Liebe Himmelsmacht nicht der dämonischen Gewalt des Geldes erliegen. Und Kurt Kändler, der sein Publikum kennt und ihm im eigenen Interesse gerne eine Freude macht, läßt die Liebe triumphieren. Man faltet die Hände über dem Bauch, mit einem leisen Seufzer versucht man unangenehme Wirklichkeitserinnerungen, die eine Sekunde protestieren wollen, man neigt ein wenig den Kopf zur Seite und sieht mit behaglicher Zufriedenheit zu, wenn die versilberte Braut Wirtshauskatz und Schleier aus dem eigenen Haar löst und der blaue Augen, goldblonden, liebetrunkenen Jugend auf den Köpfchen drückt; ein bitter-süßes Gefühl durchweht uns, wenn

wir den dunkelbraunen Wanderburschen vor Glückseligkeit aufjubeln hören und seine strahlende, zitternde Marlene in die Arme pressen sehen. Und da und dort blinkt eine Träne im Auge. Warum auch nicht?

Wie aber Kurt Kändler dieses Kunststückchen fertiggebracht hat, daß er aus Reizen und Schelten, aus Männerhaß und Weibeshoheit, aus so viel Verbittheit und Verstocktheit des Herzens, aus so viel Gier nach Geld und Macht doch noch den Weg zu einem reinen, stillen Glück gefunden, das mag sich jeder selbst vorspielen lassen. Die Aufführung ist recht gut, vor allem weil Frau Ermath als Junger Zeitig ganz ausgezeichnet ist: der äußere und innere Mensch dieser vom Geschick äußerlich so stiefmütterlich bedachten, innerlich so reich gesegneten aber verträumten Frau wurde von ihr, trotz aller Zweifeltätigkeit des Wesens, zu lebenswahrer, packender Einheit verschmolzen. Herr Unger fand als Peter Sonntag für das Niedrigverträumte des romantisch angehauchten Wanderburschen oft den richtigen Ton. Dann gelangen ihm im Zusammenspiel mit Marlene besonders Szenen, in denen Märchenstimmung wehte. Diese Linie mußte festgehalten werden; leider wurde sie an mehreren Stellen durch realistische Temperamentsausbrüche in eine ganz andere Stilrichtung umgewandelt. Hier muß sich Herr Unger noch mehr in die Gewalt bekommen. Fr. Gerl, das neu verpflichtete Mitglied unserer Bühne, spielte die Marlene sehr weich, ganz Hingabe, ganz Seligkeit. Eine große Reihe Genscheibchen verborgenen das Ensemble: zunächst die Nachbarin von Frau Piz mit ungezwungener Natürlichkeit festgehalten: schwachhaft, neugierig, fuppelisch, im Grunde aber gütig und hilfsbereit; Herr Böder als Bürgermeister respektabel in Haltung und Gebahren; daneben Herr Müller als Lehrer Was ist il, bescheiden, grundgütig; Herr Fiß als Barbier ein richtiger Schamfänger, eitel, arrogant, charakterlos, eine beachtenswerte Leistung des begabten jungen Künstlers; Herr Herz als Schlosser großschäftig wie sein Handwerk; Herr Gemede als Schneider behend mit Mund und Weinen; Herr Schneider als Gendarm recht wacker und Fr. Krafz als Aine ein wenig schimpflich und spitz. Herr Kienzsch, der die Inszenierung besorgt hatte, durfte, um die anspruchsvolleren Theaterbesucher mit der zuckersüßen Romantik dieses in seiner geistigen Haltung vorgestrichen Stückes einigermassen

zu verjöhnen, das Wirklichkeitsferne, Märchenhafte des „Spiels“ im Bild und in der Darstellung noch mehr betonen. Das Haus war gut besucht und recht beifallsfreudig. Hugo Koller.

## Landestheater.

### Aus dem Programm für die neue Spielzeit.

Die Intendanz des Badischen Landestheaters gibt im folgenden diejenigen Werke bekannt, die im Laufe der kommenden Spielzeit hier erstmalig zur Aufführung kommen sollen: Schauspiel-Uraufführungen: „Spiel der Schattten“ von Helmuth Unger; „Anna Wolyn“ von Emil Bernhardt; „Frauentenor“ von Leo Lenz. — Schauspiel-Erstausführung: „Arfaust“ (Goethes „Faust“ in ursprünglicher Gestalt); „Der Bürger als Edelmann“ nach Molière in neuer Fassung von Hugo von Hofmannsthal, Musik von Richard Strauß; „Katte“ von Hermann Butte; „Rose Bernd“ von Gershart Hauptmann; „Reer Ghnt“ von Henrik Ibsen; „St. Jansfahrt“ von Liebenow; „Kausch“ von August Strindberg; „Das Postamt“ von Rabindranath Tagore; „Tor und Tod“ von Hugo von Hofmannsthal; „Gobiva“ von Hans Frank; „Legende eines Lebens“ von Stefan Zweig; „Don Juan und Faust“ von Christian Dietrich Grabbe, bearbeitet von Erich Köhler; „Oftn“ von Ludhart; „Die Kreuzschere“ von Ludwig Angenruber; — ferner: „So'n Windhund“ von Kurt Kraak; „Die beiden Seehunde“ von Karl Köhler.

Opern-Uraufführungen: „Die verteilte Einfaß“ (La finia semple) von Mozart, in der textlichen Neugestaltung von Anton Rudolph; „Der Weg zur Liebe“ von Alfred Roemert; Opern-Erstausführungen: „Der Schatzgräber“ von Franz Schreier; „Schahrazade“ von Bernhard Selles; „Titus“ von Mozart, in der textlichen Neubearbeitung von Anton Rudolph; „Kempfer und Jüdin“ von Marschner, neubearbeitet von Carl Lachner.

Unter diesen Werken sind einige, die als ältere Aufführungsversprechungen von der jetzigen Intendanz auf die neue Spielzeit übernommen wurden.

Die im Schauspiel und in der Oper geplanten Neuheiten sind in diesen Zeilen werden jeweils besonders bekannt gemacht werden.

## Unterzeichnung des amerikanisch-österreichischen Friedensvertrags.

Gestern mittag wurde, wie aus Wien gemeldet wird, der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich unterzeichnet.

Das Wiener Korrespondenzblatt teilt mit: „Der Wortlaut des heute unterzeichneten Friedensvertrages zwischen Amerika und Österreich, der auf der belannten, vom amerikanischen Kongress angenommenen Friedensresolution beruht, wird nach seiner Ratifizierung durch die verfassungsmäßigen Faktoren amtlich verkündigt werden. Die österreichische Regierung begrüßt wie auch die öffentliche Meinung die tatsächliche Herbeiführung des Friedensabchlusses und die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen mit der großen amerikanischen Republik, die seit dem Waffenstillstand so viele Beweise ihres Wohlwollens und ihrer menschenfreundlichen Gesinnung gegeben hat, mit großer Befriedigung. Mit Genugtuung wird auch die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß dieser Friedensschluß, der für die gedeihliche Entwicklung der Republik notwendig war, dank der Initiative der amerikanischen Regierung und der entgegenkommenden Haltung ihres Vertreters in Wien ermöglicht wurde.“

## Ein amerikanisch-englisch-russisches Wirtschaftsabkommen.

Von angeblich gut unterrichteter Seite wird dem „Lokalangeiger“ mitgeteilt, daß dieser Tage in London zwischen dem Bevollmächtigten der Sowjetrepublik Krasin, englischen Wirtschaftsgruppen und dem amerikanischen Standard-Oil-Konzern, der von dem amerikanischen Petroleumkönig Rockefeller geführt wird, ein Wirtschaftsabkommen geschlossen worden sei, dessen wesentliche Punkte lauten:

1. Die Gesellschaft bewilligt der russischen Regierung einen Kredit im Werte von ungefähr 30 Milliarden Papiermark.
2. Das allrussische Hilfskomitee bleibt dafür über die gegenwärtige Hungersnot hinaus bestehen und wird zur Ausführung des Wirtschaftsabkommens mit herangezogen.
3. Die russische Regierung begibt sich des Rechtes, mit Konkurrenzkonkurrenzen ohne Einverständnis der amerikanisch-englischen Gruppen Wirtschaftsverträge abzuschließen.
4. Die Gesellschaft erhält außerdem Konzessionen im Ural und Petroleumkonzessionen.

## Das irische Problem.

In einer Londoner Drahtmeldung vom Mittwoch wird der „Ref. Mag.“ berichtet:

Das nationale Parlament der Sinnfeiner setzte sein vorgestern begonnene Geheimberatung fort und hält sodann am Freitag eine öffentliche Sitzung ab. Es ist ungewiß, ob darin ein Resultat beizubringen wird. Gleichzeitig tagt die Exekutive der Sinnfeiner, die aus den Vertretern der lokalen Organisationen besteht. Das lange Ginzichen der Verhandlungen wird günstig geendet. Die genährte Richtung wird durch zahlreiche Kundgebungen aus aller Welt, die zur Wählung rufen, gestärkt. Bezeichnend ist, daß offenbar die Führer der militärischen Organisation Sinnfeiners, die durch die Folgen eines Scheiterns der Verhandlungen unmittelbar betroffen würden, nicht zu den radikalsten gehören. Die rein republikanische, unversöhnliche Richtung hat ihre Hauptstütze in der Minderheit doktrinären Charakters, wozu de Valera ebenfalls nicht gehört. Berichte aus Dublin betrachten es als wahrscheinlich, daß die Sinnfeiner die Londoner Vorschläge ablehnen, jedoch beabsichtigen, zugleich die Verhandlungen über die Wahrung einer Stellung als der der Dominions weiterzuführen, worin ein hoffnungsvolles, prinzipielles Zugeständnis läge. Dabei ist es möglich, daß das Parlament ein Plebiszit empfiehlt. So wie die Regierung das Parlament zur Entscheidung aufforderte, würde das Parlament das Plebiszit anrufen, weil Parlament und Regierung bisher sich formell auf eine unabhängige Republik verpflichtet haben.

Weitere Berichte besagen, daß die bevorstehende Antwort zugleich dahin abgesehen werde, die Einheit des gesamten Irlands zu erreichen, indem Sinnfeiner vorschlagen wolle, daß Ulster, so lange dieses eine Gemeinschaft mit dem Süden zurückweist, die von London an Sinnfeiner zu bewilligenden Vorteile, insbesondere die finanzielle Autonomie nicht erhalten solle. Dies bedeutete einen starken Druck; denn Südirland würde bei Autonomie zwei Schillinge Steuern pro Pfund erheben, während Ulster wie bisher sechs Schillinge zahlen müßte. Ein derartiger wirtschaftlicher Druck würde dem Geschäftssinn Ulsters zu denken geben. Manche Beobachter glauben, daß selbst die radikalsten Elemente der Sinnfeiner einem Kompromiß mit London geneigen, wenn Ulster die Einheit mit dem Süden herstelle. Dafür sind aber bisher keine Anzeichen vorhanden.

## Zur Neueinrichtung der badischen Landeswetterwarte.

Von Professor Albert Andeiser-Gieshätt (Bayern) wird uns geschrieben:

Es gibt immer noch Leute genug, die in der Meteorologie nichts anderes sehen, als etwa eine verbesserte Auflage des 100jährigen Kalenders. Für solche sind natürlich auch die Mittel, die der Staat zum Ausbau des meteorologischen Beobachtungsnetzes und zur Errichtung der Landeswetterwarte aufwendet, „hinweggenommene“ Geld. Aber auch andere Kreise haben leider nicht durchweg die richtige Auffassung von den umfangreichen Aufgaben, die den meteorologischen Zentralinstituten gestellt sind. Man glaubt vielfach mit der Aufstellung der täglichen Prognose auf Grund der von allen Seiten einlaufenden Wettertelegramme, der Zusammenstellung der Mittelwerte, der Beantwortung von Anfragen und der Ausarbeitung von Gutachten für landwirtschaftliche und industrielle Kreise sei die Tätigkeit eines solchen Zentralbureaus erschöpft. Wer aber in der Meteorologie einen aufblühenden Zweig der Naturwissenschaften sieht, wird es bei diesem Urteil nicht bewenden lassen.

Eine moderne Landeswetterwarte muß mehr als ein Amtszimmer, sie muß ein Observatorium sein, das in hochschulmäßiger Weise ausgestattet, frei von bürokratischem Zwange beobachten und forschen kann. Es gereicht dem badischen Staate zur Ehre, daß er sich dieser Einsicht nicht verschließen und die Mittel bewilligt hat, die diese veraltete, eingetragene, für neugewinnliche wissenschaftliche Forschung gänzlich untaugliche Zentralbureau für Meteorologie und Hydrographie in eine frei gelegene, modern ausgestattete Landeswetterwarte umzuwandeln. Noch ist viel zu bauen und zu ordnen, aber der größte Teil der Instrumente ist bereits aufgestellt und dient seinen Zwecken. Das flache Dach des Hauses — die Landeswetterwarte befindet sich jetzt in früherem Wohn- und Verwaltungsgelände des Korpshausbauamtes, Durlacher Allee 66 —, der wichtigste Teil des Observatoriums, von dem aus

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Eine Schwindelnachricht. Seit einigen Tagen geht durch die Presse die Meldung, die von der „Chicago Tribune“ aus Paris in großer Aufmachung weitergegeben wird, daß angesichts der Ablehnung der Berichterstattung über die oberste Frage vor dem Völkerbund durch Quinones de Leon direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die Aufteilung des obereschlesischen Gebietes angebahnt worden seien. Wie von zuständiger Stelle verlautet, ist an der ganzen Meldung kein wahres Wort.

\* Neue Forderungen der Kriegsbeschädigten. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hat dem Reichsarbeitsministerium neue Forderungen zum Ausgleich der Teuerung überreicht. Es wird die Heraushebung des Prozentsatzes der Teuerungszulage von 25 auf 30 Prozent verlangt, weiter die Erhöhung der Einkommensgrenze, von der ab Elternrente bezogen werden kann, von 3000 auf 6000 M. pro Jahr, die Befreiung der bei einem Einkommen von mehr als 7000 M. vorgesehenen Rentenbefreiung und die Befreiung der sogenannten Ausgleichszulage. Für den Befall der Ausgleichszulage sollen die Grundrente und die Schwerkrankenbeschädigtenzulage um je ein Viertel ihres Betrages erhöht werden.

\* Das sozialdemokratische Parteiprogramm. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat nach der ausgiebigen Diskussion des ersten Entwurfes eines neuen sozialdemokratischen Programms in Presse und Organisationen die Programmkommission nochmals den ganzen Fragenkomplex durchgearbeitet. Als Ergebnis dieser Beratungen veröffentlicht das Blatt einen in wesentlichen Punkten abgewendeten Entwurf, der dem Parteitag in Göttingen vorgelegt werden soll.

\* Monarchistische Demonstration. Gestern nachmittag fand im Berliner Stadion der vom Verbands nationaldeutscher Soldaten veranstaltete „Frontkämpfertag“ statt. Der Vorbeimarsch ehemaliger Frontkämpfer, der vom Prinzen Eitel Friedrich geführt wurde, wurde lt. „MfSd.“ von General Lubendorf abgenommen. Darauf hielt Generalleutnant Graf v. d. Goltz eine Ansprache und brachte Telegramme des früheren Kaisers und Hindenburg zur Verlesung. Das Fest schloß mit einem Zapfenstech und Fackelzug.

\* Erwerbslosenmühle in Lichtenberg. Das Lichtenberger Rathaus war gestern der Schauplatz schwerer Tumulte. Etwa 400 Erwerbslose drangen in den Sitzungssaal ein und erzwingen das Wort für eine Deputation, die u. a. die Anerkennung der gewählten Erwerbslosenräte verlangte. Um ein Herbeirufen polizeilicher Hilfe unmöglich zu machen, besetzten die Erwerbslosen die Fernsprechanlage des Rathauses. Da sich die Menge nicht aus der Saale weichen ließ und es sogar zu Handgreiflichkeiten kam, mußte die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde unter dem Druck der Erwerbslosen beschlossen, die Frage der Anerkennung der Erwerbslosenräte einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. Darauf erfolgte der Schluß der Sitzung, ohne daß der Rest der Tagesordnung erledigt werden konnte.

\* Seppelinstafastrophe in England. Aus Hull wird gemeldet, daß das Luftschiff „J. L. 2“, als es heute nacht die Stadt überflog, in Brand geriet. Das Luftschiff zerbrach in zwei Teile, die in den Fluss Humber fielen. „J. L. 2“ befand sich auf seiner letzten Probefahrt, bevor es den Atlantischen Ozean überfliegen sollte; es war von der amerikanischen Regierung gekauft worden. Bei dem Brandunglück haben von 47 Mitfahrern 41 den Tod gefunden.

\* Die Unruhen in Indien. In Indien sind, wie schon kurz gemeldet, schwere Unruhen ausgebrochen. Ein nachträglicher Bericht bringt darüber noch folgende Einzelheiten: In Südindien zerstörten Meuterer alle Telegraphen-, Telefon- und Eisenbahnlinien, so daß der Eisenbahnverkehr unterbrochen werden mußte. Arbeiter, die mit polizeilicher Unterstützung die Linien auszubessern suchten, mußten die Arbeit aufgeben, da die Bevölkerung die Schienen aufriß. Zwei Offiziere und zwei Polizisten wurden ermordet. In der Provinz Madras plünderten die Meuterer sämtliche Postämter. Die englische Regierung hat Polizei und Truppen herbeigezogen. Einer Neutermeldung aus Siam zufolge, mußte der Vizekönig von Indien, Lord Reading, der soeben eine Inspektionsreise unternahm, sofort nach Simla zurückkehren, wo ein außerordentlicher Staatsrat abgehalten wird.

## Badische Übersicht.

### Zur neuen Lohnbewegung.

\* Der Bad. Beamtenbund ist nach einer T.-M.-Meldung wegen der von ihm als unbefriedigend erachteten Höhe der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Teuerungszuschläge

ur. wegen der Veranlassung der Differenzierung nach Ortsklassen, für deren Beseitigung auch der badische Finanzminister eingetreten ist, bei der Reichs- und Landesregierung und den Reichstagsabgeordneten vorstellig geworden.

Aus Schwetzingen meldet dasselbe Bureau. Auf die Nachricht vom Abbruch der Verhandlungen mit der Reichsregierung haben heute früh die Werkstättenarbeiter der hiesigen Eisenbahnbetriebswerkstätte die Arbeit niedergelegt.

## Der Badische Landbund.

Wie dem „Billinger Volksblatt“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die kürzlich veröffentlichte Landesliste des Badischen Landbundes nicht ganz richtig. In erster Stelle steht zwar, wie gemeldet, der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Gebhardt von Eppingen, auf der zweiten aber Bürgermeister Albieß von Wehr, der dem Badischen Landtag als Mitglied der Zentrumsfraktion seit dem Jahre 1913 angehört. Albieß wäre also der zweite Zentrumsangehörige, der sich dem Landbund bei den kommenden Landtagswahlen als Kandidat zur Verfügung stellt. Der erste ist Bürgermeister Herman Kramer von Bachheim (A. Donauuferingen); vorausgesetzt, daß die bisherigen Veröffentlichungen in der Presse richtig sind. Die dritte Stelle auf der bündlerischen Landesliste soll Rechtsanwalt S. O. Schmitt von Bretten einnehmen. Schmitt stand lange Jahre in den vordersten Reihen des Bundes der Landwirte in Baden, kam im Jahre 1905 in die damalige Zweite Kammer der badischen Landstände, deren Mitglied er 8 Jahre lang war; bei den Landtagswahlen im Oktober 1913 unterlag er gegen den praktischen Arzt Dr. Gebhard von Bretten, der bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde, obwohl man ziemlich allgemein mit einer Stichwahl gerechnet hatte. In der oben zitierten Notiz des Billinger Zentrumsblattes heißt es weiter, Dr. Mattes von Stadach wolle die 2. und 3. Stelle für die liberale Richtung im Landbund beanspruchen, wofür außer ihm selbst noch Landwirt Haiberg von Gundelfingen in Betracht käme. Wir geben diese Mitteilungen rein registrierend wieder.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

### Verkehrshemmnisse.

Wegen Verkehrshemmnisse in Polen ist die Annahme sämtlicher Erpreß-, Eis- und Frachtgüter nach Polen, Freistaat Danzig und Bezirk Königsberg bis auf weiteres gesperrt. Unterwegs befindliche Güter werden den Versendern zur Verfügung gestellt.

DZ. Heilbronn, 24. Aug. Ende September tagen hier die Beamten des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsbundes der Eisenbahner.

DZ. Freiburg, 24. Aug. In einem längeren Aufruf wendet sich Erzbischof Dr. Karl Fritz an die Diözesanen mit der Bitte, den karitativen Anstalten Mittel zukommen zu lassen, damit diese Anstalten wie bisher ihre Wohlthäter an Bedürftige, Kranke und Gebrechliche weiterhin spenden können. Alle Gegenstände, die für den Lebensbedarf verwendbar und für den Verkauf haltbar sind, seien erwünscht. Mit der Organisation dieser Sammlung, die in allen Gemeinden der Erzdiözese stattfinden soll, wurde der Caritasverband in Freiburg beauftragt.

DZ. Schönan, 24. Aug. Eine Revision wurde diesem Tage an den jeweils ankommenden Bügen von der hiesigen Gendarmerie veranlaßt. Verschiedene Schweizer konnten erfaßt werden, die nur Pässe für den sogenannten kleinen Grenzverkehr im Besitz hatten, sich also strafbar machten, daß sie diese Pässe für den Verkehr hierher benutzten.

DZ. Singen, 24. Aug. Heute nacht 3 Uhr brach in dem Anwesen der Familie Ginnar am Fuße des Hohentwiel Feuer aus. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurden Wohn- und Ökonomiegebäude mit dem angebauten Schuppen eingeebnet. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. 4 Bügen sind verbrannt, desgleichen die reichlichen Futtermittel- und Getreidevorräte. Dies ist der zweite Brand innerhalb kurzer Zeit, von dem Singen betroffen worden ist.

## Aus der Landeshauptstadt.

\* Opernhaus. Man schreibt uns aus der Theateranleihe: Als letzte Neuheit befindet sich die in Berlin und anderen Orten mit bleibendem Erfolg aufgeführte Operette „Der Vielgeliebte“ von Künneke für Freitag, den 26. in Vorbereitung. Die Musik des Werkes greift auf die Spieloper zurück, so daß sie Anspruch auf höhere Bewertung machen darf. Der Komponist hat bereits in seinem „Dorf ohne Glode“ die Weisheit von der

der Bild über die turmeiche Stadt und zu den Bergen des Schwarzwaldes hinweist, ist ganz vorzüglich für meteorologisch-physikalische Messungen geeignet. Um volle freie Sicht zu haben, und um den Einfluß der Umgebung auf die Apparate möglichst auszuschalten, wurden die das Observatorium umgebenden Bäume entgipfelt.

Außer den üblichen meteorologischen Beobachtungen, ist das Beobachtungsprogramm der Landeswetterwarte ganz wesentlich nach der physikalischen Seite erweitert und den in den letzten Decennien entwickelten Beobachtungsmethoden angelehnt worden. Ein auf einem 8 Meter hohen Mast montiertes modernes Windmesser registriert in dem im zweiten Stock gelegenen Instrumentenraum dauernd Windrichtung, Stärke und Turbulenz. Es ist dies die erste dauernd in Betrieb befindliche Anemographenaufstellung in Baden.

Zur Erforschung der oberen Luftströmungen sollen in Kürze Füllballonfahrten vom Dache der Landeswetterwarte aus vorgenommen werden, desgl. regelmäßige Messungen der Wolkenhöhen mit einem besonders für diese Zwecke konstruierten Apparat. Zur Bestimmung der Intensität der Sonnenstrahlung als auch des Rot- u. Ultraviolett im Sonnenspektrum, dienen besondere Instrumente, deren Beschaffung durch private Beiträge gelungen ist. An diesen Beobachtungen sind u. a. auch ärztliche Kreise in hohem Maße interessiert. Sie versprechen der badischen Valneologie wertvolle Ergebnisse, zumal Anschlüssen auf dem Sanatorium Bühlerhöhe und dem Heilberg-Observatorium der Landeswetterwarte in Vorbereitung sind. Auch der Staubschalt der Luft — vom hygienischen Standpunkt aus bedeutungsvoll — und die Sichtigkeit werden fortgesetzt beobachtet. Eine drahtlose Empfangsstation zur Annahme der europäischen Wettertelegramme dient in erster Linie den Zwecken des praktischen Wetterdienstes. Im Anschluß an das Hauptinstitut in Karlsruhe, ist weiter ein Observatorium auf dem Heilberg in Betrieb, dessen Unterhaltungslosten kürzlich der Landtag bewilligt hat und das u. a. als Ersatz für das an Frontseite verloren gegangene Welchenobservatorium dienen soll.

Der Direktor der Landeswetterwarte, Prof. Dr. Fejffer, ist in liebenswürdiger Weise bereit, jede Persönlichkeit, die sich

für die Wissenschaft interessiert, mit der Einrichtung des neuen Observatoriums bekannt zu machen. Daß die Mittel, die der badische Staat aufgewendet hat, ein nutzbringend angelegtes Kapital sind, davon wird sich jeder Denkende leicht überzeugen lassen. Land- und Forstwirtschaft, verschiedene Zweige der Industrie, z. B. die Holztechnik, aber auch die Medizin, werden unmittelbaren Gewinn daraus ziehen. Wer aber in unferner materiellen Zeit noch weiter blickt und auch den hohen kulturellen Wert der idealen rein wissenschaftlichen Forschung anerkennt, den wird es mit Genugtuung erfüllen, daß jetzt auch das badische Heimatland über eine moderne Wetterwarte verfügt und auch auf diesem Gebiete mit den Nachbarländern in Konkurrenz treten kann. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß mit den durch wissenschaftliche Forschung gewonnenen Beobachtungsergebnissen und der Methode derselben die Hochschulkinder vertraut gemacht werden soll. In der Landeswetterwarte ist daher nicht nur ein Hörsaal vorgesehen, sondern der erfahrene und unermüdete Leiter des Instituts hat auch für eine ungemein praktische und reichhaltige Lehrmittelsammlung Sorge getragen.

Den badischen Staat kann man zu der neuen Schöpfung nur beglückwünschen und es wäre außerordentlich zu begrüßen, wenn ebenso private und industrielle Kreise dem Institut Unterstützung zuteil werden ließen, da wissenschaftliche Instrumente und wissenschaftliche Forschung heute sehr kostspielig sind, so daß die staatsbürgerliche Verfügung gestellten Mittel für noch manche wünschenswerte Spezialuntersuchung nicht ausreichen.

In Baden ist vor rund 140 Jahren die Idee eines Wetterbeobachtungsnetzes geboren worden. Die erste meteorologische Gesellschaft der Erde, die Societas meteorologica Palatina in Mannheim richtete 1780 das erste von Nordamerika bis nach dem Ural sich erstreckende Beobachtungsnetz ein, mit dessen Messungen A. v. Humboldt die Klimatographie der Erde begründete. Wege es der neuen badischen Landeswetterwarte trotz der Not der Zeit gelingen, das Werk der Mannheimer Gesellschaft von 1780 im modernen Sinne weiter zu entwickeln.

